



Hauptausschuß

18. Sitzung (nicht öffentlich)

8. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.20 Uhr

Vorsitz: Klaus Matthiesen (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Der Ausschuß behandelt in Einzelberatung den **Einzelplan 02** - Ministerpräsident und Staatskanzlei.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

2 Mehr Demokratie wagen - Kommunalwahlrecht reformieren

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1365

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, in der heutigen Sitzung auf eine inhaltliche Beratung zu verzichten. Die abschließende Beratung und Abstimmung über den Antrag in öffentlicher Sitzung ist für den 20. Februar 1997 vorgesehen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Berichtigung des Protokolls über den nichtöffentlichen Teil der 16. Sitzung des Hauptausschusses am 26. September 1996 - APr 12/346:

Staatssekretär Frohn bittet darum, in den Zeilen 6/7 des siebten Absatzes auf Seite 2 des obengenannten Protokolls die Formulierung "mehr als ein delikates politisches Verfahren" zu korrigieren in: "mehr als ein delikates Ermittlungsverfahren".

Aus der Diskussion**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Der **Ausschuß** behandelt in Einzelberatung den **Einzelplan 02** - Ministerpräsident und Staatskanzlei (siehe auch die Vorlagen 12/808, 12/902). Dabei ergeben sich zu den im folgenden aufgeführten Kapiteln Wortmeldungen:

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Hermann-Josef Arentz (CDU) stellt fest, für die Staatskanzlei sei ein Zugang von drei Angestellten- und einer Arbeiterstelle mit der Begründung ausgewiesen, daß das ehemalige Gebäude des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen werde, und bittet um Auskunft, ob es sich um zusätzliche Stellen handele.

Staatssekretär Frohn (Staatskanzlei) erläutert, die Stellen seien vom MAGS-Haushalt in den Haushalt der Staatskanzlei umgesetzt worden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) kommt dann auf **Titelgruppe 60** - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen - **Titel 526 60** - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge - zu sprechen und bemerkt, der Ansatz in Höhe von 480 000 DM bleibe gleich. Allerdings hätten die Ist-Ausgaben im Jahre 1995 lediglich 49 000 DM betragen. Der Abgeordnete möchte wissen, warum die Landesregierung trotzdem an dem relativ hohen Ansatz festhalte.

StS Frohn (StK) hält einen Betrag von 480 000 DM für die damit verbundenen Aufgaben für angemessen und bittet zu bedenken, daß der Ansatz seit Jahren nicht erhöht worden sei. Was die Ist-Ausgaben im Jahre 1995 angehe, müsse berücksichtigt werden, daß auf Regie-

rungsebene in einem Wahljahr nicht ein so großer Beratungsbedarf bestehe wie in den dann folgenden Jahren.

Auf die Frage des **Hermann-Josef Arentz (CDU)**, mit welchem Mittelabfluß im laufenden Haushaltsjahr zu rechnen sei, antwortet **StS Frohn (StK)**, nach der Haushaltsüberwachungsliste vom 6. dieses Monats betrage der Mittelabfluß 435 370 DM.

Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit

Lothar Hegemann (CDU) fragt, ob es etwas Berichtenswertes aus Skopje gebe.

StS Frohn (StK) legt dar, das Programm laufe, soweit er das den Berichten entnehmen könne - er habe sich bisher keinen eigenen Augenschein verschafft und glaube auch nicht, daß das erforderlich sei -, planmäßig und solle bis September 1997 abgeschlossen sein. Es gebe Gespräche mit der Regierung hinsichtlich der Folgerungen, die sich daraus ergäben, daß sich die Realisierung eines Teils der ursprünglichen Zielvorstellungen - Überleitung in selbständige Wirtschaftsbetriebe - schwieriger darstelle, als man das bei der Gründung des Programms angenommen habe.

Roland Appel (GRÜNE) erkundigt sich nach den vom Land initiierten Programmen in Rumänien.

StS Frohn (StK) berichtet, er habe sich auf einer Reise selbst einen Eindruck verschaffen können und dort eine sehr traurige Stimmungslage angetroffen. Es gebe allerdings auch Zeichen der Hoffnung, die man nicht zuletzt auf das nordrhein-westfälische Engagement zurückführen könne. Aus der unmittelbaren humanitären Hilfe in den Kinderheimen sei eine soziale Infrastruktur mit einer Pflegeschule entstanden, die jetzt auch dafür Sorge, daß Menschen mit einer Berufsausbildung in die Berufspraxis entlassen würden, die es bisher dort noch nicht gegeben habe. Er sei der Caritas in Essen außerordentlich dankbar, daß sie die Arbeit in Rumänien so engagiert unterstütze.

Die Landesregierung wolle an dem Schwerpunkt in Rumänien auf dem jetzigen Niveau festhalten, weil die dortige Situation dies erfordere. In anderen Staaten, beispielsweise in Bulgarien, seien die Mittel für die Projektarbeit auf null heruntergefahren worden.

Vorsitzender Klaus Matthiesen verweist auf die Vorlage 12/971, in der ausführliche Angaben über die Projektplanungen der Staatskanzlei enthalten seien.

Hermann-Josef Arentz (CDU) bringt zum Ausdruck, daß das in Rumänien investierte Geld gut angelegt sei. Deshalb interessiere ihn, warum bei dem entsprechenden Ansatz eine Verringerung von rund 2,2 Millionen DM vorgenommen werde.

StS Frohn (StK) ist überzeugt, daß sich das Land auch mit dem jetzt noch zur Verfügung stehenden Betrag im Kreise der anderen Bundesländer gut sehen lassen könne. Auch dieser Bereich müsse aber den Prinzipien der Haushaltsdisziplin und den politischen Schwerpunktsetzungen gehorchen, die in der Regierungserklärung enthalten seien. Man meine, daß man in den Schwerpunktregionen eine gute Projektarbeit leisten könne. Aber natürlich würden der Landesregierung sehr viel mehr Projekte zur Finanzierung angeboten.

Kapitel 02 040 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik

Werner Jostmeier (CDU) bemerkt, seine Fraktion sei über dieses Kapitel nicht sehr glücklich. Würde das Land Nordrhein-Westfalen im Geld schwimmen, könnte man darüber reden. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen hielte man es für sinnvoller, statt Klientelpolitik zu betreiben das Geld für konkrete Projekte und Hilfen, wie sie eben geschildert worden seien, zu verwenden.

StS Frohn (StK) möchte den Begriff "Klientelpolitik" nicht übernehmen; denn man entdecke gerade, daß aus den Gruppen, denen ein Teil dieser Mittel zur Verfügung gestellt werde, eine vielfache Unterstützung für die Projektarbeit erwachse. Beispielsweise übernahmen Initiativen in Nordrhein-Westfalen Personalkosten für zwei Jahre, um Absolventen der Fachschule die Tätigkeit in Einrichtungen für Straßenkinder in Rumänien zu ermöglichen. Dafür sei aber auch ein Bewußtsein vor Ort in Nordrhein-Westfalen notwendig. Vor diesem Hintergrund halte er das Verhältnis der Ausgaben zueinander für angemessen. Daß man auch eine andere Schwerpunktsetzung für vertretbar halten könne, wolle er gern einräumen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) stellt fest, 43 % der in diesem Kapitel ausgewiesenen Mittel seien für Maßnahmen im Inland vorgesehen, und das drücke eine nach Meinung seiner Fraktion sehr problematische Relation aus. Deshalb unterstütze er nachdrücklich das, was Herr Jostmeier vorgetragen habe. Es gehe nicht darum, das Mobilisieren von Menschen, die an Entwicklungsthemen interessiert seien, zu verhindern. Aber wenn fast die Hälfte der Mittel dieses Kapitels für entsprechende Maßnahmen ausgegeben werde, liege der Verdacht nahe, daß hier eine hauptamtliche Infrastruktur aufgebaut werden solle, die relativ wenig dazu diene, dort zu helfen, wo geholfen werden müsse. Er bitte die Staatskanzlei bei dieser Gelegenheit um eine Aufstellung, aus der sich die Effizienz der Maßnahmen ableiten lasse.

Roland Appel (GRÜNE) verwahrt sich dagegen, etwa Projekte des Umstiegs auf ökologischen Landbau in der dritten Welt als Klientelpolitik zu diffamieren. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit seit über

20 Jahren einen Fördertopf für Initiativen vorhalte, der auch Projekte unterstütze, die sich hier mit der Dritte-Welt-Arbeit beschäftigten. Dieser sei aus der sozialliberalen Zeit herübergerettet worden, weil er zu den effektivsten Töpfen überhaupt gehöre. Damit werde nämlich nicht Entwicklungshilfearbeit mit der Gießkanne, sondern direkt und in Zusammenarbeit von Initiativen vor Ort sowohl hier als auch in der dritten Welt betrieben.

Werner Jostmeier (CDU) spezifiziert seine Kritik auf das Promotorinnen- und Promotorenmodell. Wenn mit diesem Kapitel auch konkrete Projekte personell unterstützt würden, sei das in Ordnung. Aber bei dem Promotorinnen- und Promotorenmodell gehe es darum, Bewußtseinsbildung bei der Bevölkerung hier voranzubringen. Ob man dafür so viel Geld zur Verfügung stellen sollte, halte er, vorsichtig ausgedrückt, für fraglich.

Die Überlegung, das Promotorennetzwerk aufzubauen, werde vom Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages als ein von der Bundesregierung zu verfolgendes Modell angesehen, berichtet **StS Frohn (StK)**. Deshalb könne Nordrhein-Westfalen mit dieser Überlegung so falsch nicht liegen.

Wenn man das, was inzwischen aufgebaut worden sei, mit dem vergleiche, was an Besorgnissen im Vorfeld geäußert worden sei, frage er sich, ob man den beiden führenden Einrichtungen einen Vorwurf machen könne, wie er in der Diskussion erhoben worden sei. Weder die Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt noch die Carl-Duisberg-Gesellschaft hätten es verdient, in ihrer Arbeit kritisiert zu werden.

In bezug auf das in Rede stehende Kapitel sei der von Herrn Arentz genannte Prozentwert zutreffend. Allerdings müsse man die Zahlen des Kapitels "Internationale Zusammenarbeit" hinzurechnen. Dann komme man zu einem ganz anderen Verhältnis.

Über die Frage, ob die Sache das Geld wert sei, laufe auch im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik eine intensive Diskussion. Aber er sei gern bereit, sie auch in diesem Kreise zu führen.

Karin Jung (SPD) tritt auch dafür ein, die Sache in diesem Ausschuß einmal gründlich zu beraten. Sie habe bei der Ausbringung dieses Kapitels kein schlechtes Gefühl. Sie kenne die entsprechende Arbeit, die seit vielen Jahren in Düsseldorf gemacht werde. Natürlich bekomme es der Ausschuß nicht mit, wenn einzelne Gruppen Initiativen ergriffen, neue Projekte angingen und finanzierten und Verbindungen knüpften, was auch über die Vermittlung von Promotoren geschehe. Die Bereitschaft der Bürger, sich zu engagieren, sei nach ihrer Erfahrung sehr groß. Es müsse allerdings auch koordiniert, informiert und beraten werden, und solche Effekte erhoffe sie sich von dem Promotorenmodell.

StS Frohn (StK) unterstreicht die Ausführungen seiner Vorrednerin.

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Lothar Hegemann (CDU) führt aus, im Haushaltsplan des laufenden Jahres sei eine Summe von 250 000 DM im Zusammenhang mit dem Thema Gentechnologie ausgewiesen gewesen. Einen entsprechenden Ansatz finde er im vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht mehr. Die Gründe dafür bitte er darzulegen.

StS Frohn (StK) berichtet, am 9. Dezember finde eine Fachtagung, organisiert durch das Wissenschaftszentrum, statt, an der Wissenschaftler internationaler Qualität und auch Landtagsabgeordnete aller Fraktionen teilnahmen. Die mit dem von seinem Vorredner aufgegriffenen Titel verbundene Arbeit werde auf dieser Fachtagung sichtbar gemacht.

Kapitel 02 062 - Institut "Arbeit und Technik"

Lothar Hegemann (CDU) erinnert daran, daß es schwierig gewesen sei, das Haus, in dem das Institut untergebracht sei, zu füllen, und erkundigt sich nach der gegenwärtigen Situation und danach, ob es Mietausfälle gebe.

Für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen würden 4 000 DM eingesetzt. Das bitte er zu erläutern.

StS Frohn (StK) erklärt, das Gebäude sei keines des Landes; vielmehr sei das Land Mieter. Die Tatsache, daß noch nicht alle Flächen vermietet seien, tangiere das Land von daher nicht.

Weil man sich um wirtschaftliche Verhaltensweisen bemühe, habe man ein Dienstfahrzeug geleast. Die eingesetzten 4 000 DM dienten der Begleichung der Leasingraten.

Auf die Frage des **Lothar Hegemann (CDU)**, ob der entsprechende Titel unter diesen Umständen richtigerweise unter "Ausgaben für Investitionen" plaziert sei, antwortet **StS Frohn (StK)**, nach der vom Finanzminister vorgegebenen Haushaltssystematik sei der Titel richtig plaziert. - Auf weitere Nachfrage stellt der Staatssekretär fest, daß man sich auch innerhalb des Fahrdienstes der Landesregierung um Leasingverträge bemühe, die man immer dann abschließe, wenn sie im Vergleich mit den Preisen, die die Landesregierung zahle, noch günstig erschienen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt **Vorsitzender Klaus Matthiesen** Einvernehmen her, daß der Hauptausschuß am 28. November die Beratung aller ihn tangierenden Einzelpläne durch Abstimmung zu erledigen gedenke.